

Die öffentliche Präsenz der Kirchen in der Revolution 1989 war auf verschiedenen Ebenen unübersehbar. Neben den kirchenpolitischen Konflikten im revolutionären Prozess entfalteten die Kirchen eine enorme gesellschaftliche Wirkung in der kulturellen Konfrontation mit dem Weltanschauungsstaat DDR. Ein Element dieser neuen Rolle war das Scheitern des kirchenpolitischen Konzeptes „Kirche im Sozialismus“. Schon 1988 war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in eine ernsthafte Krise geraten. Mit den Vereinbarungen zwischen dem SED-Staat und der evangelischen Kirche am 6. März 1978 hatten die Kirchen formal die Anerkennung als gesellschaftliche Größe erreicht und konnten auch einige Erleichterungen verbuchen. Der SED-Staat profitierte ebenfalls, denn die Kirchen wurden zu einer seiner letzten nicht kommunistischen Legitimationsstützen, die weithin auf öffentliche Kritik verzichteten. Allerdings hatte die Formel „Kirche im Sozialismus“ für die christliche Existenz der Kirchenmitglieder kaum eine Bedeutung. Sie war ein kirchenpolitischer Joker, der für einen Status quo zwischen Kirche und Staat stand. Sie verband, was nicht zu verbinden war, den atheistisch angelegten Weltanschauungsstaat samt dem Führungsanspruch der SED und die christlichen Kirchen. Der Mangel an einem beide Seiten bindenden Recht konnte damit nicht behoben werden. So konnten die Bruchstellen des Unverbindbaren nicht geheilt werden.

Nach wie vor wurden Kirchenmitglieder benachteiligt und die kirchliche Arbeit behindert. Zudem entstanden zwischen dem SED-Regime und den Kirchen wegen deren geistlicher Substanz und der institutionellen Differenz zur Konstruktion des sozialistischen Staates immer neue Konflikte, die sich auch in Protesten und in der Formierung eines oppositionellen Milieus in den Kirchen äußerten. Die Kirchen besaßen zudem eine eigene Öffentlichkeit, die nach außen nicht hermetisch abgeschlossen werden konnte.

Bekannte kirchliche Stimmen, Richard Schröder, Götz Planer-Friedrich und Landesbischof Werner Leich, erklärten 1988 die vieldeutige Formel „Kirche im Sozialismus“ für unbrauchbar. Das kirchliche Selbstbewusstsein veranlasste die SED seit 1988 wieder, mit Drohungen und kirchenpolitischen Maßnahmen gegen die Kirchen vorzugehen. Unter anderem initiierte sie einen Freidenkerverband, um dem Einfluss der Kirchen entgegenzusteuern. Zugleich startete sie letzte Versuche, ihre Verbündeten in den Kirchen zu mobilisieren. Noch war die ausgleichende Kirchenpolitik der Konferenz der Kirchenleitungen nicht beendet, obwohl seit dem Sommer 1989 die Schwächen des SED-Staates immer stärker sichtbar wurden. Als die in den Kirchen agierenden oppositionellen Gruppen gegen die Wahlfälschungen bei den Scheinwahlen im Mai vorgingen, erklärte die Konferenz: „Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“ Offenbar fürchteten sich die protest-

tantischen Kirchenleitungen vor instabilen Verhältnissen. Waren sie doch traditionell Verfechter einer staatlichen Ordnung, die die kirchliche Existenz sichern sollte. Dies schloss revolutionäre Haltungen aus.

Aber es gab innere Ursachen für den allmählichen Wandel der Politik der Kirchen. Anlass waren die Versuche des SED-Staates, die in kirchlichen Strukturen operierende Opposition Ende 1987 und im Januar 1988 mundtot zu machen. Nach einer Verhaftungswelle verlangte der Staat kategorisch, dass die Kirchen der Opposition keine Handlungsräume mehr zur Verfügung stellen sollten. Die Kirchen waren aber längst im geschlossenen politischen Raum zu einer Art Ersatzgesellschaft und Ersatzöffentlichkeit geworden. Dieser öffentliche Raum wurde für nahezu alle kritischen und unterdrückten Potenziale, etwa Künstler und jugendliche Subkulturen, interessant. Und der SED-Staat musste zusehen, wie sich innerhalb der kirchlichen Strukturen in den 1980er-Jahren oppositionelle Gruppen formierten. Kirchenleitungen und auch Gemeinden waren von dieser inneren Unruhe oft nicht angetan.

Beunruhigt wurde die SED auch durch den sogenannten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung“, der Kirchenleute beider Konfessionen und Oppositionelle seit 1988 in großen ökumenischen Versammlungen enger zusammenführte. Die von der Versammlung verabschiedeten Texte verlangten die Ermöglichung eines „freimütigen und ehrlichen Meinungsaustausches“, mehr „Rechtsicherheit“, eine Wahlrechtsreform, „gleiche Chancen für alle, unabhängig von ideologischen Überzeugungen“ und „unbehinderte Möglichkeit, sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen“ handeln zu können. Am 19. Februar 1988 verhandelten der Beauftragte des Politbüros, Werner Jarowinsky, und Bi-

schof Leich vertraulich über die durch oppositionelle Aktivitäten verschlechterten Staat-Kirche-Beziehungen. Jarowinsky sprach vom Missbrauch der Kirche als „trojanisches Pferd“. Die Krise der Kirchenpolitik spitzte sich noch zu, als Leich vor der Synode am 20. September 1988 forderte, dass die Gesellschaft „ein menschliches Angesicht“ haben müsse. Umgehend kam von Honecker eine harsche Reaktion.

Kurswechsel im September 1989

Im September 1989 aber wurde der kirchenpolitische Konflikt irreversibel, der mit den ersten Massendemonstrationen in Leipzig, der Formierung der neuen Oppositionsbewegungen, dem Aufbegehren der Künstler und der Fluchtwelle über Ungarn und die CSSR zusammenfiel. Was bisher scheinbar unabhängig voneinander das SED-Regime belastete, ballte sich nun zusammen und erreichte eine kritische Phase. Die Kirchen waren zwar überhaupt nicht auf Revolution aus, aber sie trauten angesichts der Krise dem SED-Staat nicht mehr zu, die anstehenden Probleme zu lösen. Der Staat war für viele Kirchenleute selbst zum Problem geworden. Als in Leipzig nach einer Sommerpause die wöchentlichen Friedensgebete am 4. September 1989 während der Herbstmesse wieder beginnen sollten, unternahmen die staatlichen Behörden große Anstrengungen, diese zu verhindern, da sie öffentliche Demonstrationen befürchteten. In den Verhandlungen verwiesen die kirchlichen Vertreter darauf, dass die Friedensgebete nur deswegen diese Rolle spielten, weil der Staat den Dialog verweigere und mit Gewalt vorgehe. Außerdem hätte eine Absage der Friedensgebete noch schlimmere Auswirkungen.

Auch die Konferenz der Kirchenleitungen leitete einen Kurswechsel ein. Sie richtete am 2. September einen Brief an Honecker und gab ihn an die Gemeinden.

Honecker wurde gebeten, eine „offene und wirklichkeitsnahe Diskussion“ zuzulassen, statt mit „Belehrungen oder sogar Drohungen“ zu reagieren. Es sollte jeder „Bürger als mitverantwortlicher Partner“ respektiert werden. Der Brief löste hektische Aktivitäten aus. Ein schon verabredetes Treffen zwischen Honecker und hochrangigen Kirchenleuten wurde abgesagt. Landesbischof Leich riet, die Beteiligung an Empfängen und Feierlichkeiten zum bevorstehenden vierzigsten Jahrestag der DDR abzusagen. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach verschärfte die kirchenpolitische Situation trotz intensiver konspirativer Einflussnahme durch die Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) weiter. Die kritischen Theologen und Laienkonferenzen gewannen die Oberhand. Am Rande der Synode wurden Papiere der Oppositionsbewegungen und einiger Ost-CDU-Rebellen verteilt.

Die Synode erklärte: „Wir brauchen: ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Reformen in unserem Land dringend notwendig sind, [...] verantwortliche pluralistische Medienpolitik; demokratische Parteienvielfalt; Reisefreiheit für alle Bürger; wirtschaftliche Reformen; verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum; Möglichkeit friedlicher Demonstrationen; ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“ Dieser Erklärung folgten wütende Angriffe in der SED-Presse, die die Kirche auf die Seite der Konterrevolution übergegangen sah.

Neu war auch, dass nun selbst kirchenleitende Geistliche sich für die Opposition engagierten. So richteten am 23. September zwölf sächsische Superintendenten eine scharfe Protesterklärung an den Ministerrat gegen die Nichtzulassung des Neuen Forums. Mit solchen Erklärungen wurden die Kirchen bezie-

hungsweise maßgebliche Teile der Kirchen selbst zu politischen Akteuren. Sie forderten die Abschaffung des Amtes des Staatssekretärs für Kirchenfragen, das eines der wichtigsten Einfluss- und Kontrollorgane der SED gegenüber den Kirchen gewesen war.

Zu den Eigenarten der Opposition gehörte in der Regel deren enge Bindung an die Kirchen und ihre religiöse Motivation. Ein Großteil der Gründer der revolutionären Bewegungen, des Neuen Forums, Demokratie jetzt, des Demokratischen Aufbruchs und der Sozialdemokratischen Partei (SDP), kam aus der kirchlichen Arbeit. Sie waren durch spirituelle Erfahrungen geprägt. Ähnlich wie in Polen erzeugte die Verbindung zur traditionellen und durch den Kommunismus gefährdeten Religion ein unmittelbares Freiheitsverlangen, das dem Ringen um politische Partizipation immer neue Energie verlieh. Das Leben in den Kirchen, ihren Gemeinden und Gruppen, ermöglichte in diesem vorpolitischen Raum, die Voraussetzungen für das Politische zu schaffen.

Zivilgesellschaftliches Konzept

Dies entsprach den zivilgesellschaftlichen Konzepten, wie sie in Ostmitteleuropa von Dissidenten vertreten wurden. Danach sollte die Entwicklung einer von der Kommunistischen Partei unabhängigen Gesellschaft die Machtbegrenzung der Kommunisten befördern. Entsprechend lag daher der Schwerpunkt oppositioneller Betätigung weniger in der Ausarbeitung politischer Programme als vielmehr in der Abarbeitung politischer Themen. Auf die äußere und innere Militarisierung reagierte die oppositionelle Friedensbewegung, auf die extensive Wirtschaftsweise die Umweltbewegung und auf die Rechtlosigkeit die Menschenrechtsbewegung. Orientierung bot eine protestantische Sozialethik, deren politisch motivierende Kraft aus der ihr inneren Universalität rührte. Es ging

den Oppositionellen nicht nur um die DDR, sondern um die Rettung der Menschheit. Die Formeln Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Gerechtigkeit drückten einen universellen Anspruch Gottes aus, dem der politische Akteur in einer dramatischen Herausforderung gerecht werden wollte. Das politische Handeln wurde als Auftrag verstanden, die menschlichen Fehlleistungen gegenüber der aus den Fugen geratenden Schöpfung zu korrigieren.

Dass dabei pragmatisches politisches Handeln zu kurz kommen konnte, lag auf der Hand. So viel Energie diese Motivation auch freisetzte, so sehr sollte sich in Teilen der Opposition im Herbst der Mangel an Programmatik zeigen. Die Unsicherheiten in der Bearbeitung der deutschen Frage nach dem 9. November beruhten zum Teil ebenfalls auf ihrer Ethisierung durch Kirchenleute und Oppositionelle. Viele von ihnen wollten erst alle Probleme der Welt lösen, bevor sie die Einheit Deutschlands befürworten wollten. Die Opposition hat also sehr wohl die politische Energie, ihre Geisteshaltung und ihre Zivilcourage ihren kirchlichen Wurzeln zu verdanken. Programme und pragmatisches Handeln konnten die Kirchen nicht zur Verfügung stellen.

Rituale der Befreiung

Der wohl wichtigste Beitrag der Kirchen zur Revolution waren die Friedensgebete in den geschützten Räumen der Gotteshäuser. Sie waren sinnfällige Orte des Synergismus von Kirche, Opposition und Gesellschaft. In der Regel fanden die öffentlichen Proteste nach den Friedensgebeten statt. In kleinen Orten waren die Friedensgebete oft das einzige Forum der Bürgerproteste. Selbst als der öffentliche Raum ab Ende November frei gekämpft worden war und Veranstaltungen auch außerhalb der Kirchen stattfinden konnten, verloren die Friedensgebete nicht ihre Funktion.

In den Kirchen kooperierten alle relevanten politisch agierenden Gruppen, die Ausreiseantragsteller, die kirchlichen Vermittler, die Opposition, die Demonstranten, die Künstler und bisweilen auch Vertreter der SED. Sie waren Nachrichtenbörse und Kommunikationsraum, Orte für Mahnwachen und Anlaufstellen für Verfolgte, auch Verteilstellen für Material. Sie waren Ruhpunkt und gaben der Hoffnung auf Veränderung eine Heimat. Auch wurden die Friedensgebete ein wichtiges Medium im Ringen um die Macht. Während die ideologischen Wortschüsse der SED die gesellschaftliche Realität verfehlten und selbst bei den SED-loyalen Genossen auf Unverständnis stießen, konnten Oppositionelle und Kirchenleute in den Friedensgebeten Beziehungen zwischen Menschen herstellen. Oft auch für die Akteure überraschend, wuchs mitten in einer Situation, wo die Angst noch die Zuversicht in Schach hielt, eine neu gewonnene Kraft der Schwachen, der Schweiger, der Ängstlichen. Tausende Menschen fanden im anomischen Zustand von Staat und Gesellschaft ein Zentrum, wo die Sprache und die verwendeten Symbole mehr Zukunft für eine Neuordnung des Gemeinwesens versprachen als die drohende und hohle SED-Propaganda.

Unerwartet für viele Veranstalter, nahmen auch die atheistierten Menschen die für sie ungewohnte politische Spiritualität an. Für nicht christliche Besucher stellten die Friedensgebete einen Kontext her, der die enge Lebenswelt der DDR, die äußere und durch die gegenwärtigen Ängste auch innere Abschnürung in einen universalistischen Horizont öffnete. Hier standen die Rituale der Befreiung den kommunistischen Ritualen der Unterwerfung gegenüber. Die politische Vernunft war in den kirchlichen Friedensgebeten angesiedelt. Deren zivilisierender Kraft war der kommunistische Zauber nicht mehr gewachsen.

Eine Anzahlung auf die Freiheit war die Erfahrung des Glücks der freien Reden. Zeitzeugen beschreiben immer wieder und aus allen Orten der DDR, wie die Menschen in den Friedensgebeten zu ihrer eigenen Sprache, zu ihrem eigenen Denken und Wollen zurückfanden. Jemand schrieb eilig an eine der vielen Wandtafeln in einer Kirche: „Ein Dank der Kirche die Alle mit viel Liebe aufnehmen, zu hören und sprechen.“ Die Leute suchten Ansprechpartner und Podien. Die Seelsorger waren überlastet, die Versammlungen konnten nie alle Redner zum Zuge kommen lassen. So wurden Gebetswände und Klagewände aufgestellt.

Das Sprachbedürfnis zeigte sich auch außerhalb der Kirchen. Das Spezifische der Friedensgebete aber war, dass das religiöse Medium, Fastenaktionen, Rezitationen religiöser Texte, Singen religiösen Liedgutes und verschiedene Fürbittenformen die politischen Anliegen in Zukunftserwartungen transzendenten. Die Ausstrahlung dieser politischen Spiritualität beruhte nicht zuletzt auf der religiösen Dramatisierung der unmittelbaren, aktuellen politischen Erfahrungen. Hier sprachen die Menschen zumeist erstmals aus, was sie seit Jahren bedrückte.

Zentrale Gewaltlosigkeit

Die Friedensgebete waren auch ein wichtiges Element der Gewaltlosigkeit der Revolution. Angesichts der Gewalt der Staatsorgane – über dreitausend Demonstranten waren verhaftet und misshandelt worden – haben verantwortliche Oppositionelle, Kirchenvertreter, Künstler immer wieder zum Gewaltverzicht aufgerufen. Obwohl die Demonstranten schon von sich aus mit Sprechchören wie „Keine Gewalt!“ ihren friedlichen Charakter bekundeten, wurden in Friedensgebeten immer wieder Hinweise für gewaltfreies Handeln gegeben. Die Oppositionellen der 1980er-Jahre hatten mit die-

sen Formen der politischen Auseinandersetzung ihre Erfahrungen und konnten Verhaltensstrategien weitergeben. Auch Pfarrer und Kirchengemeinden beteiligten sich an diesen Appellen und gaben entsprechende Flugblätter heraus. Als in Halle die SED zur Gegendemonstration unter der Losung „Rote Fahnen gegen weiße Kerzen!“ aufrief, machten dies Zehntausende friedliche Hallenser zu nichts. Gewaltlosigkeit war für die Kirchenleute eine ethisch und theologisch motivierte Hilfe zur Kompensation des politischen Konfliktpotenzials. Für die Oppositionellen war sie darüber hinaus ein strategisches Instrument zur Überwindung der Kommunikationsblockaden der SED. Und für den Staat garantierte sie die Wahrung des Gesichtes sowie einen Zeitgewinn in einer verfahrenen Lage. Dass die Gewaltlosigkeit zum Herrschaftsverlust beitrug, lag schließlich auch daran, dass sie das kommunistische Prinzip „Wer wen?“ als Gestaltungselement von Politik ad absurdum führte.

Verhandlungen am runden Tisch

Erst als das SED-Regime in der Krise geschwächt war, versuchte es, im Zerfall durch Vereinbarungen eine gewisse Stabilisierung zu erreichen. So stimmte die SED Verhandlungen am runden Tisch zu, die ihr – trotz vieler politischer Manöver – entglitten. Mit jedem Recht, das sie sich abhandeln ließ, verlor sie an Macht und stärkte die Gegenkräfte. Die Opposition bat die Kirchen, die Einladung zum runden Tisch auszusprechen. Der runde Tisch musste seine Legitimität aus der Bewegung schöpfen, die zu ihm geführt hatte. Vor allem aber musste eine Gesprächsebene zwischen den alten Kräften und den neuen gefunden werden. Für diese vermittelnde Aufgabe schienen nur die Kirchen geeignet zu sein, weil sie ein Mindestmaß an Vertrauen auf beiden Seiten genossen.

Am Zentralen Runden Tisch in Berlin und an unzähligen regionalen runden Tischen haben diese Aufgabe kirchliche Moderatoren übernommen. Sie verfügten über Sprachfertigkeiten und nahezu allein über Erfahrungen mit demokratischen Verfahren. Viele evangelische Kirchengemeinden beteiligten sich ebenso wie neu gegründete katholische Interessenverbände.

Was sich an den runden Tischen gezeigt hatte, setzte sich auch nach den ersten freien Wahlen im März 1990 fort. Ein erheblicher Anteil des neuen Personals, der neuen politischen Klasse der Revolution, vom Volksvertreter bis in die Regierung, kam aus den Kirchen. In der am 12. April von der Volkskammer gewählten Koalitionsregierung unter Lothar de Maizière dominierten die Theologen und Laienchristen. Das galt auch weithin für die Regionen. Dieses kirchliche Personalensemble spricht für sich. Es musste nach vierzigjähriger Herrschaft der Kommunisten einspringen, weil die Gesellschaft in anderen Gruppen zu wenig politisch Begabte und sich ethisch verantwortlich Fühlende zur Verfügung hatte.

Ansatzweise entwickelte sich auch wieder eine religiöse Präsenz bei offiziellen Anlässen. Mit einem Gottesdienst in der Gethsemanekirche verabschiedete sich der Runde Tisch vor den ersten freien Wahlen. Der Morgen des 3. Oktober 1990, des Tages der Vereinigung, begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Ost-Berliner Marienkirche. Doch bevor dieser Gottesdienst stattfand, war es zu einer öffentlichen Kontroverse in den evangelischen Kirchen gekommen. Politiker in Hochstimmung hatten vorgeschlagen, dass im Land die Glocken geläutet werden sollten. In der Kirche erhob sich Widerspruch. Die evangelische Kirche hatte ihre neue Rolle noch nicht gefunden. Das Jahrhundert war mit Wechselbädern über sie gekommen. Nicht wenige Kirchenleute hatten mit dem NS-Staat

kollaboriert. Als sie ihre Schuld betrachteten und neue Wege suchten, haben sich wieder nicht wenige auf den SED-Staat politisch und ideologisch eingelassen. Aber für manche unversehens wurde der Schatz, den sie zu hüten hatten, das an die Wahrheit gebundene Wort, zur Kraft der Freiheit. Nun aber wollten sie keinesfalls erneut mit irgendjemandem kollaborieren, auch nicht mit einer Ordnung, die den Opfern der Diktatur in ihren Gemeinden die Freiheit garantierte. Es wurde aber geläutet! Viele Gemeinden taten dies aus Dankbarkeit für das Ende der Bedrückung. Der Thüringer Landesbischof Werner Leich mahnte in seinem Hirtenwort zum Tag der Deutschen Einheit zur Solidarität mit denen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen würden. Aber er sprach aus, was viele fühlten: „Gott hat uns mehr geschenkt, als wir erwartet haben: die friedliche Revolution, die Freiheit und eine offene Zukunft. Wer wollte dafür heute Gott nicht von Herzen danken?“

Dennoch war der Weg der ostdeutschen Kirchen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung nicht leicht. Sie hatten ihre stellvertretenden gesellschaftlichen Funktionen verloren. Sie waren nun kein Ersatz mehr für eine freie Öffentlichkeit, kein politisches Handlungsfeld, kein Gesellschaftersatz. Sie wurden nicht mehr als Vermittlerin zwischen Herrschenden und Beherrschten gebraucht. Zudem waren die Kirchen durch die Religionspolitik der Kommunisten geschrumpft und mussten Hilfen von den westdeutschen Kirchen annehmen. Und nur sehr langsam konnten manche der protestantischen Revolutionäre die historischen Defizite ausgleichen, die der mitteldeutsche Protestantismus insgesamt in seiner Haltung zur modernen Demokratie im zwanzigsten Jahrhundert aufzuweisen hatte. Die nur langsame Gewöhnung an die Freiheit schmälert aber nicht die Verdienste der Kirchen um die Freiheit.